

Bürgerfrage von Heiderose Wanzelius zum Bahnübergang Grünwaldstraße

Die favorisierte Maßnahme für die Deutsche Bahn ist eine Untertunnelung des Bahnübergangs Grünwaldstraße.

Viele Frauen sehen hierin einen Angstraum. Warum ist dies bisher nicht berücksichtigt worden?

In die bereits vorgenommene Umgestaltung des Bahnhofs Gliesmarode wurde viel Beton verbaut, was auch für den Bahnübergang geplant wird. Dies führt zur Versiegelung, Verdichtung und die Zerstörung der Mikroorganismen des Bodens und hat negative Auswirkungen auf das Grundwasser, CO² sowie die Biodiversität.

Wer übernimmt hierfür die Verantwortung, zumal zwei Masterarbeiten der Geoökologie vorliegen, die dieses Gebiet im Osten des Ringgleises als besonders von Fledermäusen und Brutvögeln besiedelten Lebensraum ausmachen?

Warum stellt die Kommune Vereinen und Initiativen keine finanziellen Mittel für eine unabhängige Anwaltsplanung zur Verfügung?

Antwort von Stadtbaurat Leuer

Zunächst ist festzustellen, dass noch keine Entscheidung über eine Variante der Querung getroffen wurde. In der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben im Juni wurden die weiter zu untersuchenden Varianten beschlossen und dazu zählen alle baulichen und auch die Variante, die sich mit der Verkehrstechnik am ebenerdigen Übergang beschäftigt. Daraufhin hat der Regionalverband Großraum Braunschweig, mit dem die Stadt in engem Kontakt steht, eine entsprechende Variantenuntersuchung der Unter- und Überführung beauftragt, die sich derzeit noch in der Bearbeitung befindet. Parallel wurde durch die Stadt eine Prüfung beauftragt, ob die Nullvariante so optimiert werden kann, dass die Schrankenschließzeiten auf ein akzeptables Maß reduziert werden können. Hierzu befinden sich Regionalverband, DB AG und Stadt in einem guten und konstruktiven Austausch, was heißen soll, wir haben da ein Gespräch geführt und ich habe Hoffnung, dass wir das auch kooperativ weiter vorbereiten können.

Darauf aufbauend wird die Verwaltung dem AMTA einen abgewogenen Vorschlag für eine Stellungnahme für eine städtische Vorzugsvariante vorlegen. Davor wird die Verwaltung, sobald die Entwürfe vorliegen, die Bürgerschaft informieren und um Rückmeldung und Hinweise bitten. Diese werden in den Abwägungsprozess transparent einfließen. Es ist alles offen an dieser Stelle. Jetzt konkret zu ihren Fragen:

Die Frage der sozialen Sicherheit, zu der auch das Thema Angsträume gehört, wird bei der Variantenuntersuchung berücksichtigt und bildet in der Bewertung ein Auswahlkriterium. Es ist definitiv nicht so, dass das hinten runterfällt, sondern bei der Abwägung ein wichtiger Punkt ist.

Die Auswirkungen auf die Umgebung werden im Rahmen der weiteren Planung des Projekts entsprechend der gesetzlichen Vorgaben untersucht und zwar auch schon in der Abwägung für die Variante, die wie ich ja schon gesagt hatte, noch nicht feststeht. Für die Umsetzung einer Unter- oder Überführung der Grünwaldstraße ist ein Planrechtsverfahren erforderlich, für das die Genehmigungsbehörde die Verantwortung trägt. Auch in diesem Verfahren im Anschluss an die Abwägung, finden die Belange der Betroffenen und der Träger öffentlicher Belange ein weiteres Mal Berücksichtigung.

Zu ihrer letzten Frage: Die Verwaltung wird keine juristischen Maßnahmen Dritter finanzieren, die gegen eine mit der Stadt abgestimmte Planung gerichtet sind. Wir werden darauf zählen, dass wir in dem AMTA gut abgewogen einen Vorschlag machen und ich hoffe sehr, dass dieser Vorschlag dann auch zum Tragen kommt.

Nachfrage von Heiderose Wanzelius

Ich möchte eine Sache noch kurz erläutern: Anwaltsplanung bedeutet nicht, dass man ein juristisches Gutachten in Auftrag gibt, sondern Anwaltsplanung war schon Plankonzept in den 70er Jahren, da ging es um die Rettung der kaputten Städte und das bedeutet, dass einfach Bürger*innen fit gemacht werden von Menschen, die sich da auskennen und die dann auch eine konstruktive Möglichkeit haben einzugreifen. Und zwar eben, auch in Konflikten die entsprechende Möglichkeit haben, Qualität zu entwickeln. Und das hat sich sehr sehr gut bewährt schon in den 70er Jahren, in Hannover-Linden beispielsweise. Da wurde unter anderem gesagt, die Qualität ist dadurch erheblich besser geworden, dass die Menschen von Anfang an miteingeplant worden sind und auch eine richtige Stimme hatten. Und das vermisse ich hier, weil wir warten im Grunde jetzt schon wieder monatelang auf die Stellungnahme, die wir erbeten haben, wo wir als braunschweiger forum mehrere offene Fragen noch nicht geklärt sehen. Und das ist das Ding, wo wir nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen. Die Bürger kommen an uns ran und sagen, ‚Was ist da los?‘, und da wünsche ich mir einfach eine bessere Einbeziehung.

Wann gedenkt die Stadt jetzt endlich die Bürger miteinzubeziehen und die Fragen zu beantworten, sie haben es ja versprochen!

Antwort von Stadtbaurat Leuer

Ich hatte versprochen – eben gerade nochmal – dass es natürlich eine Bürgerbeteiligung gibt. Diese Bürgerbeteiligung gibt es dann, wenn die Auswertung dieser Varianten erfolgt ist. Ansonsten macht sie keinen Sinn - Zwischenruf von Frau Wanzelius: „Doch, macht sehr viel Sinn! Tut mir leid.“ - und bis dahin können wir die Fragen auch nicht beantworten. Was wird jetzt passieren? Wir werden die Analyse zu Ende bringen, wir machen eine Bürgerbeteiligung, die transparent sein soll – wir werden alle Varianten in ihren Ergebnissen transparent zeigen und dann sind wir auch in der Lage, die Fragen zu beantworten. Und danach erarbeiten wir einen Vorschlag für den Mobilitätsausschuss hier in der Stadt, wo auch die Varianten transparent aufgearbeitet werden. Ich glaube, das ist ein guter Weg und das haben wir dem braunschweiger forum auch so mitgeteilt. Wir beabsichtigen auch, das Ganze noch vor der Sommerpause zu Ende zu bringen.